

Gewerkschaft younion - Landesgruppe Oberösterreich erteilt den Sparplänen von ÖVP und FPÖ auf Kosten der Gemeindebediensteten eine Absage

2017-11-02 11:14

Das Landespräsidium der Daseinsgewerkschaft younion spricht sich vehement gegen die Sparpläne der oberösterreichischen Landesregierung auf Kosten der Beschäftigten in den oberösterreichischen Gemeinden aus. „Die Mitglieder aller Fraktionen haben in einer außerordentlichen Präsidiumssitzung die Übernahme des Bundesabschlusses für den öffentlichen Dienst gefordert. Der Bundesabschluss wird derzeit - gemeinsam mit der GÖD – in Wien verhandelt“, sagt Landesvorsitzender Norbert Haudum.

Landeshauptmann Stelzer hat gemeinsam mit seiner ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition angekündigt, dass es für die Landes- und Gemeindebediensteten einen maßvollen Gehaltsabschluss (kolportiert wird 1 Prozent Lohnerhöhung) geben werde, auch wenn die Bundesbediensteten mehr bekommen sollten.

Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung wurden eine Inflationsrate von 1,87 Prozent und ein Wirtschaftswachstum für 2017 von 2,8 Prozent außer Streit gestellt bzw. zur Kenntnis genommen. Die Vertreter des österreichischen Städte- und Gemeindebundes werden nach eigenen Aussagen eine Übernahme des Bundesabschlusses in ganz Österreich empfehlen.

„Als es der Wirtschaft schlecht ging, haben wir mit moderaten Abschlüssen unseren Beitrag geleistet – das ist keine Frage“, so Haudum, „aber jetzt, wo alle Daten steil nach oben zeigen und die Wirtschaft boomt, werden wir sicher keinen Reallohnverlust hinnehmen!“

Betroffen sind nicht nur die öffentlich Bediensteten in der Verwaltung, sondern auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, Seniorenzentren, Bauhöfen, Reinigung, Bürgerservice, Feuerwehr - nur um einige Beispiele zu nennen. Auch zahlreiche Beschäftigte in privaten Einrichtungen (z.B. Spitäler, private Kinder- und Seniorenbetreuungen, Sozialeinrichtungen) und Gesellschaften von Kommunen wie etwa Teile der Linz AG werden diese Auswirkungen spüren. Die Beschäftigten im Kultur- und Theaterbereich – egal, wer Betreiber ist – sind ebenfalls die Leidtragenden.

„Es gibt zwar viele Bewerberinnen und Bewerber, aber die Gemeinden finden kaum geeignete Personen, die anfangen wollen, wie wir immer wieder aus den Gemeinden zu hören bekommen. Übrigens: Eine Reallohnkürzung über die Medien auszurichten, ist entbehrlich und ein sozialpartnerschaftlicher Tiefpunkt. Das erinnert uns zwangsläufig an die Gehaltsverhandlungen für 2012 in Oberösterreich. Wir stehen für Gespräche immer zur Verfügung, werden aber notfalls unsere Mitglieder aktivieren!“ schließt Landesvorsitzender Norbert Haudum. Unterstützung findet er nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch bei den Gewerkschaften GPA-djp und vida, da deren Mitglieder ebenfalls betroffen sind.

